

NAZIGEWALT WIRKSAM VERHINDERN - NPD-VERBOT JETZT!

Rassistisch motivierte Serienmorde, Bombenanschläge und ein Polizistenmord – das Maß ist voll!

Seit Jahren windet sich die Bundesregierung um ein NPD-Verbot herum. Hauptargument gegen einen neuen Anlauf für ein Verbotserfahren – die V-Leute in der Neonazi-Szene. Ein Teil der Innenminister will auf ihre vermeintlich wichtigen Spitzeldienste nicht verzichten.

Was Demokratinnen und Demokraten schon lange kritisieren, ist nun offensichtlich: Das V-Leute-System deckt und begünstigt Nazi-propaganda und Nazigewalt. Es wirkt nicht gegen Nazis, sondern fördert Neofaschismus.

Deshalb fordern wir:

- **Schluss mit der staatlichen Begünstigung nazistischer Gewalttäter!**
- **Alle V-Leute sofort abschalten!**
- **NPD-Verbot jetzt!**



DIE V-LEUTE DES VERFASSUNGSSCHUTZES UND DAS NPD-VERBOT

Im Jahr 2003 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, ein Verbotsverfahren gegen die NPD sei nicht möglich, solange V-Leute staatlicher Behörden in Landes- oder Bundesgremien dieser Partei tätig sind. Dies sei „unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren“

Die Innenministerkonferenz der Länder hat das Thema „Abzug der V-Leute“ seither mehrfach behandelt.

In den Bundesländern Berlin, Rheinland-Pfalz, Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein wurden die V-Leute bereits abgeschaltet. Diese Beispiele zeigen, dass dies ohne Probleme möglich ist.

V-Leute in der NPD und deren Umfeld sind Neofaschisten. Und sie sind und bleiben Neofaschisten, die ihre Organisationen aktiv aufbauen und vorantreiben. Sie dafür aus Steuergeldern zu bezahlen ist ein Hohn auf die Demokratie.

„Ein demokratischer Staat sollte Propaganda, die unsere Grundwerte negiert nicht noch mit Steuergeldern finanzieren.“

Berlins Innensenator Erhart Körting am 16. November in der Morgenpost zum NPD-Verbot.

27. Juli 2000 Ein Sprengsatz explodiert am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn und verletzt zehn Aussiedler.

9. September 2000 In Nürnberg wird ein türkischer Blumenhändler erschossen.

Zwei weitere Morde ereignen sich in Nürnberg (2001, 2005), zwei in München (2001, 2005), jeweils ein Mord geschieht in Kassel (2006), Hamburg (2001), Rostock (2004) und Dortmund (2006).

9. Juni 2004 Bei einem Nagelbombenanschlag in einer mehrheitlich von Türken bewohnten Straße werden 22 Menschen verletzt.

25. April 2007 In Heilbronn töten Unbekannte eine 22 Jahre alte Polizistin per Kopfschuss.

1. November 2011 In Döbeln bei Leipzig wird ein Dönerbuden-Betreiber erschossen.



www.npd-verbot-jetzt.de
www.vvn-bda.de